



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 153. Ratssitzung vom 10. September 2025

5050. 2025/212

Weisung vom 04.06.2025:

Sozialdepartement, Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz», Selbsthilfe Zürich, Beiträge 2026–2029

Antrag des Stadtrats

Für das Angebot Selbsthilfe Zürich wird der Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz» für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 402 756.– bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 232 500.– sowie dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 170 256.–.

Der Betriebsbeitrag von Fr. 232 500.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Schlussabstimmung:

Fanny de Weck (SP): Im Jahr 1973 wurde die Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz» mit dem Ziel gegründet, dass gemeinschaftliche Selbsthilfegruppen professionell gefördert werden. Die Stiftung soll Interessierte in diesen Gruppen unterstützen und bei deren Aufbau und Weiterführung professionell begleiten. So werden zum einen eine geeignete Rauminfrastruktur und zum anderen Beratung, fachliche Impulse und Hilfe bei Problemen zur Verfügung gestellt. Das Ziel der verschiedenen Gruppen ist es, schwierige Lebenssituationen aufgrund von Krankheit, Tod, Trennung oder anderen Belastungen gemeinsam zu bewältigen. Die Stiftung führt Partnerschaften mit Spitälern und anderen Organisationen. Aktuell sind 474 Selbsthilfegruppen bei der Selbsthilfe Zürich registriert. Die Stadt unterstützt die Stiftung seit dem Jahr 2003. Der bisherige Betriebsbeitrag von 187 900 Franken wird um 44 600 Franken auf 232 500 Franken erhöht, da die Nachfrage gestiegen ist. Die Stiftung erhält auch Beiträge von Bund, Kanton und Dritten.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Michele Romagnolo (SVP): Selbsthilfegruppen tragen zweifellos zum gesellschaftlichen Nutzen bei. Trotzdem muss klar gesagt werden, dass dies keine städtische Kernaufgabe ist, die aktiv und direkt mit Geld unterstützt werden sollte. In Zürich gibt es bereits viele Möglichkeiten für Selbsthilfegruppen. Darum ist es mehr als fragwürdig, ob für



jede Zielgruppe eine eigene Selbsthilfegruppe benötigt wird. Hinzu kommt, dass diese Gruppen bereits Unterstützung durch Vereine, Stiftungen oder Dachorganisationen erhalten, die wiederum Zuwendungen von der Stadt bekommen. So entstehen Doppelspurigkeiten, die im Umgang mit Steuergeldern weder effizient noch verantwortungsbewusst sind. Besonders gravierend sind die unverhältnismässigen Kosten in dieser Weisung. Für die Gründung einer Selbsthilfegruppe sind 5300 Franken für fünf Treffen veranschlagt. In der Kommission konnte niemand nachvollziehbar erläutern, wieso eine derart überzogene Summe nötig ist. Besonders stossend ist der Mietvertrag für einen zusätzlichen Raum, den es nicht braucht. Dieser verursacht jährliche Kosten von 35 778 Franken – ein Betrag, der in keinem Verhältnis zum Bedarf steht. So werden nicht nur falsche Anreize gesetzt – es zeigt sich der verantwortungslose Umgang mit öffentlichen Mitteln. Daher ist für uns eine Unterstützung mit städtischen Geldern ausgeschlossen.

Weitere Wortmeldungen:

Ronny Siev (GLP): *Dieses Geschäft ist der GLP und mir persönlich sehr wichtig. Vor wenigen Jahren gründete ich selbst eine Selbsthilfegruppe mit Menschen, die ähnliche Belastungen wie ich erlebt hatten. In einem geschützten Rahmen konnte man über diese Dinge diskutieren und neue Perspektiven einnehmen. Es wurden neue Bekanntschaften und Freundschaften geschlossen und das hat sich extrem gelohnt. Selbsthilfegruppen sind womöglich das beste Mittel, um unvorhergesehene und schwierige Situationen aufzufangen. Daher ist es selbstverständlich, dass die GLP das unterstützt.*

Julia Hofstetter (Grüne): *Die Grünen danken der Stiftung für ihr Engagement. Es ist wichtig, dass man in anspruchsvollen Lebenssituationen die Möglichkeit hat, Selbsthilfegruppen zu besuchen und sich mit Gleichbetroffenen auszutauschen. Es ist beeindruckend, wie breit die Themen sind, die diese Selbsthilfegruppen diskutieren. Es ist klar, dass diese Gruppen im Hintergrund eine Organisation benötigen, die sie begleitet und in allen Situationen berät. Wir sind überzeugt, dass diese Stiftung unterstützt werden soll.*

Samuel Balsiger (SVP): *Von Ronny Siev (GLP) hörten wir, wie er ohne Staatshilfe eine Selbsthilfegruppe gegründet und alles super funktioniert hat. Wieso braucht es dann staatliche Gelder und Strukturen, wenn das privat so gut funktioniert? Wenn es keine Staatsaufgabe ist, darf der Staat nichts tun. Er soll sich um seine Grundaufgaben wie bspw. Sicherheit kümmern, doch diese erfüllt er momentan nicht. Wo er sich raushalten soll, hat er wiederum die Finger drin und gibt ungerechtfertigt Steuergelder aus. In meinem Verständnis ist eine Selbsthilfegruppe nach innen gerichtet. Trotzdem erhält man für die Gründung einer solchen Gruppe 5300 Franken. Es ist klar, dass unnötigerweise Selbsthilfegruppen gegründet werden, nur um diesen Betrag zu erhalten. Das ist nichts als Arbeitsbeschaffung für Sozialarbeiter, die in der Privatwirtschaft nicht benötigt werden. Diese erhalten für eine Beratungsstunde überbissene 83 Franken. Hier soll sich der Sozialstaat selbst beschäftigen. Niemand würde es bemerken, wenn es dieses Angebot nicht mehr gäbe. Wenn man liberal ist, kann man dieser Weisung nicht zustimmen.*



3 / 3

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Fanny de Weck (SP); Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL), Roger Föhn (EVP), Sandro Gähler (SP) i. V. von Hannah Locher (SP), Julia Hofstetter (Grüne), Ronny Siev (GLP), Marcel Tobler (SP), Marita Verballi (FDP), Selina Walgis (Grüne)
Minderheit: Referat: Michele Romagnolo (SVP); Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Angebot Selbsthilfe Zürich wird der Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz» für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 402 756.– bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 232 500.– sowie dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 170 256.–.

Der Betriebsbeitrag von Fr. 232 500.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. September 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. November 2025)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat